

Einzulegen beim Außenpolitischen Bericht III-6 der BeilagenBERICHT DER PARLAMENTARISCHEN DELEGATION BEIM EUROPARAT

Die Österreichische Parlamentarische Delegation beim Europarat legt im folgenden einen Bericht über ihre Tätigkeit während des 3. Teiles der 33. und des 1. und 2. Teiles der 34. Sitzungsperiode, die zwischen Jänner und Oktober 82 in Straßburg tagte, ab.

Die jährlich wiederkehrende Mini-Session fand vom 29. Juni bis 3. Juli in Dublin statt.

Mitglieder der Österreichischen Delegation beim Europarat:

Abgeordnete zum Nationalrat Dr. Hilde HAWLICEK (SPÖ)
1. und 2. Teil der 34. Sitzungsperiode)

Abgeordneter zum Nationalrat DDr. Hans HESELE (SPÖ)

Abgeordnete zum Nationalrat Dr. Marga HUBINEK (ÖVP)

Abgeordneter zum Nationalrat DDr. Josef MADERNER (SPÖ)
(3. Teil der 33. Sitzungsperiode)

Abgeordneter zum Nationalrat Dr. Karl REINHART (SPÖ)

Abgeordneter zum Nationalrat Dr. Ludwig STEINER (ÖVP)

Mitglied des Bundesrates Dr. Rudolf SCHWAIGER (ÖVP)

Ersatzmitglieder:

Abgeordneter zum Nationalrat Dr. Wolfgang BLENK (ÖVP)

Abgeordneter zum Nationalrat Dr. Friedhelm FRISCHENSCHLAGER (FPÖ)

Abgeordnete zum Nationalrat Dr. Hilde HAWLICEK (SPÖ)
(3. Teil der 33. Sitzungsperiode)

Abgeordneter zum Nationalrat Dr. Sixtus LANNER (ÖVP)

Abgeordneter zum Nationalrat Dr. Jolanda OFFENBECK (SPÖ)

Mitglied des Bundesrates Reinhold POLSTER (ÖVP)
(1. und 2. Teil der 34. Sitzungsperiode)

Mitglied des Bundesrates Johann WINDSTEIG (SPÖ)

- 2 -

Delegationsvorsitzende:

Jänner bis April: DDr. Hans HESELE
April bis Dezember: Dr. Ludwig STEINER

Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung:

DDr. Hans HESELE (Jänner - April 82)

Präsident der Christdemokratischen Gruppe:

Dr. Wolfgang BLENK (ab Oktober 1981)

Vizepräsident der Sozial.Gruppe:

DDr. Hans HESELE (bis April 1982)
Mitglied des Büros (ab Mai 1982)

In den Kommissionen des Europarates hatten Österreicher folgende Funktionen:

Dr. BLENK: Präsident der Wissenschaftskommission
(während des laufenden Kalenderjahres)

DDr. HESELE: Vizepräsident der Ständigen Kommission
(bis April 1982)

Dr. HUBINEK: Vizepräsident der Sozialkommission
(während des laufenden Kalenderjahres)

- 3 -

Aktivitäten der Österreichischen Delegation beim Europarat in Österreich

Die Delegation betrachtet es als eine ihrer wichtigsten Aufgaben, die Verbreitung des Europagedankens in der Bevölkerung und besonders bei der Jugend zu fördern.

So fanden Gespräche zwischen Chefred. KREUZER und Intendant GRISSEMANN mit Abg.zum Europarat, dem Vorsitzenden der Europabewegung und Vertretern der europäischen Organisationen in Österreich statt, die sich vor allem mit der Frage befassten: wie kann man den Europagedanken in den Massenmedien besser und vor allem in größerem Ausmaß vertreten. Der Intendant des Hörfunks zeigte sich an den Vorschlägen interessiert und bat um entsprechende Information vor den Sitzungen der Parlam. Versammlung.

Weitere Gespräche sind mit Presse und Gewerkschaften geplant. Um das oben erwähnte Ziel zu erreichen, ist die Zusammenarbeit mit den Europäischen Organisationen von großer Bedeutung.

So gibt die Delegation alljährlich zum Europatag am 5. Mai gemeinsam mit dem Bund Europäischer Jugend eine Broschüre über den Europarat und über die Europäischen Organisationen in Österreich heraus, der ein Europaplakat angeschlossen wird. Die Publikation mit Plakat wurde an alle Schulen und Gemeinden Österreichs und an Interessierte gesandt (Auflage-Zahl der Broschüren 20.000, der Plakate 15.000).

Es ist üblich, daß die Mitgliedsstaaten jeweils ein- bis zweimal jährlich zu Kommissionssitzungen des Europarates im eigenen Land einladen. So fanden anlässlich der UNO-Weltraumkonferenz in Wien am 12. und 13. August 1982 Sitzungen der Unterkommission für Raumfahrt und Informatik des Europarates statt, an denen 20 Abgeordnete aus den Mitgliedsstaaten teilnahmen. Von seiten Österreichs waren dies der Vorsitzende der Wissenschaftskommission des Europarates Dr. BLENK, weiters Dr. HAWLICEK und Dr. REINHART. Nach Sitzungen in der UNO-City

- 4 -

fanden Arbeitsgespräche mit dem Generaldirektor der Atombehörde Dr. BLIX und leitenden Beamten statt. Bei der UNO-Weltraumkonferenz wurde der Beitrag der Kommission für Raumfahrt präsentiert.

Grundsätzliche Bemerkungen

Nach sovielen Jahren erfolgreicher Tätigkeit des Europarates mit vielen praktischen Ergebnissen zur Erleichterung des Zusammenlebens der Menschen im demokratischen Europa, stehen wir seit einiger Zeit einer gewissen Stagnation der Wirksamkeit des Europarates gegenüber. Diese Phase gilt es zu überwinden.

Gerade jetzt, in Zeiten politischer und wirtschaftlicher Krisen, sollte man sich der Aufgabe und Bedeutung der europäischen Organisationen verstärkt bewußt werden und versuchen, sie wieder voll wirksam zu gestalten. So ist ^{es} mehr als gerechtfertigt, dass mehrere europäische Organisationen, so z.B. auch die Europäischen Gemeinschaften, sich über die Form und Wirkungsweise der europäischen Zusammenarbeit in den 80iger Jahren Gedanken machen.

Auch der Europarat hat dieses Thema im Jahre 1982 aufgegriffen und in einem Bericht Vorschläge und gewisse Direktiven ausgearbeitet. Es geht vor allem um effizientere Arbeitsmethoden, die nur durch den Respekt vor dem Komplementaritätsprinzip entwickelt werden können, d.h. dass jede Organisation sich ausschliesslich mit jenen Fragen beschäftigen soll, die ihren Zielsetzungen am besten entsprechen.

Der Europarat, der das gesamte demokratische Europa umfasst, sollte sich weiterhin vor allem der kulturellen Zusammenarbeit, der Menschenrechte und der Harmonisierung des Rechts kraftvoll annehmen.

Nach möglichen Reformen des Europarates befragt, erklärte der ehemalige österreichische Aussenminister Dr. PAHR, dass "auch eine Stärkung des politischen Dialogs nötig wäre" wie ein Wiederbesinnen auf substantielle Fragen.

- 5 -

Die große Bedeutung, die Österreich dem Europarat beimißt, läßt sich aus der aktiven Mitarbeit in der Parlamentarischen Versammlung, im Minister- und in den Expertenkomitees ableiten, wobei unter den politischen Gegebenheiten der Europarat für Österreich die breitmöglichste Grundlage der europäischen Zusammenarbeit bildet. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass der ehemalige Aussenminister Dr. PAHR ab April 82 amtierender Präsident des Ministerkomitees war und in dieser Funktion mit einer "Mission de réflexion" über Wesen, Aufgaben und Möglichkeiten des Europarates im europäischen Einigungsbestreben beauftragt wurde.

Nach Beratungen mit Parlamentariern, Experten, Wissenschaftlern etc. lag dem Ministerkomitee ein Bericht vor, der im wesentlichen Verbesserungsvorschläge für die Zusammenarbeit der Institutionen innerhalb des Europarates und zwischen der Parlamentarischen Versammlung und dem Ministerkomitee enthält. Die Verkürzung des Instanzenweges und Reduzierung der Expertenkomitees sollen ein schnelleres, effizienteres und weniger aufwendiges Arbeiten gewährleisten. Weiters sollen die Kontakte Europarat EG wirksamer gestaltet werden.

In der "Mission de réflexion" wird der politische Dialog hervorgehoben, der besonders die Nicht-EG-Staaten über aktuelle Probleme der Europäischen Zusammenarbeit informieren soll. Über die Sitzungen des Ministerkomitees sollte die Öffentlichkeit besser informiert werden. Die ursprüngliche Flexibilität des Europarates, um rasche Fortschritte auf dem Gebiet der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit zu gewährleisten, würde durch Einbindung der Fachministerkonferenzen neue Impulse erfahren. Auch auf dem Gebiet der Menschenrechte wären neue Initiativen zu setzen, so etwa durch eine Europäische Fachministerkonferenz für Menschenrechte, die allerdings nicht zur ständigen Einrichtung werden sollte.

Diese und noch viele andere Vorschläge kamen in der "Mission de réflexion" zum Ausdruck, deren Realisierung besonders für Österreich

- 6 -

von Bedeutung wären. Als Nichtmitgliedsland der EG ist Österreich an einer wirksamen Arbeit des Europarates auf allen Gebieten, die der Charta entsprechen, ausserordentlich interessiert.

3. TEIL DER 33. SITZUNGSPERIODE (25. bis 29. Jänner 1982)

In den ersten Voten der Eröffnungssitzung kam in Straßburg der Wille zum Ausdruck, die Parlamentarische Versammlung des Europarates zum Forum der parlamentarischen Demokratien in der Welt zu machen. Vielversprechende Ansätze dazu sind bereits festzustellen. Auf der Tagesordnung der Session standen die Auswirkungen der fortgeschrittenen Technologien auf die demokratischen Freiheiten und auf die Wirtschaft, das Problem der Genmanipulation, der Bericht des Präsidenten des Ministerkomitees, des britischen Aussenministers (vertreten durch Staatsminister Douglas HURD), die Lage in Polen, die Lage in der Türkei, die Verfolgung von Regimegegnern im Iran, sowie Probleme der Landesplanung, der Landwirtschaft und des Umweltschutzes.

Zur Versammlung sprachen der irische Minister für Transport und Telegraphie Patrick COONEY und der Generalsekretär des Europarates, Franz KARASEK.

Österreichische Berichterstatter:

Dr. STEINER - Die Lage in der Türkei (Doc. 4841)

Wortmeldungen von Österreichern:

Dr. BLENK - Genetische Manipulation (Doc. 4833)
 - Wissenschaft und Technologie
 Technologie u. Demokratie (Konferenz von
 Helsinki (Doc. 4830)

DDr. HESELE - Die Lage in Polen (Doc. 4834 und 4824)
 - Die Lage in der Türkei (Doc. 4841)

- 7 -

- Dr. LANNER - Die Lage in Polen (Doc. 4834 u. 4824)
- MADERNER - Die Lage in Polen (Doc. 4834 u. 4824)
- WINDSTEIG - Belegung von benachteiligten ländlichen
Regionen (Doc. 4818)
- 26. und 27. Jahresbericht der europäischen
Transportministerkonferenz (CEMT)
(Doc. 4811 und 4828).

Kurz einige der wichtigsten Beratungsgegenstände:

Die Lage in der Türkei

Nachdem im September 1980 in der Türkei ein Militärregime die Macht übernommen hat, beschäftigt sich die politische Kommission des Europarates seit dieser Zeit mit der Frage über den Verbleib oder Ausschluss der Türkei aus dem Europarat.

Das österreichische Delegationsmitglied Dr. STEINER wurde als Berichterstatter bestellt und hat somit die Aufgabe übernommen, trotz der sehr kontroversiellen Meinungen einen ausgewogenen Bericht vorzulegen, der der türkischen Regierung klar vor Augen führt, dass der Europarat die baldige Rückkehr zu demokratischen Verhältnissen ebenso verlangt, wie die Einhaltung der Menschenrechte. So stand auch in der Jännersitzung die Lage in der Türkei als eines der wichtigsten Themen auf dem Programm. 5 Tage vor der Türkei-debatte im Europarat hat sich auch das Europäische Parlament in einer Resolution äußerst kritisch mit der gegenwärtigen Lage in der Türkei befaßt.

Nachdem eine Parlamentarierdelegation im Jänner die Türkei besucht und sich mit den dort herrschenden Verhältnissen vertraut gemacht hat, billigte die Politische Kommission und schliesslich auch die Parlamentarische Versammlung eine Direktive, einen Empfehlungs- und einen Entschließungsentwurf.

- 8 -

Die Parlamentarische Versammlung hat den durch Zusatzanträge geänderten Entschliessungsentwurf mit 68 zu 41 Stimmen bei 5 Stimmenthaltungen angenommen; darin wird die Europäische Menschenrechtskommission aufgefordert, gegen die Türkei eine Untersuchung einzuleiten. In der Entschliessung wird weiters verlangt, die politischen Gefangenen frei zu lassen, das Recht auf Information der türkischen Bevölkerung, d.h. Pressefreiheit und Wiederherstellung demokratischer Institutionen sowie gleiche Behandlung für die religiösen Minderheiten im Lande zu erwirken.

DDr. HESELE teilte in seinem Debattenbeitrag mit, dass er der Resolution zustimmen werde.

Die Lage in Polen:

Neben der Türkei stand Polen als wichtiger Tagesordnungspunkt auf dem Programm. In einer Nachtsitzung wurde über die Lage in Polen abgestimmt, nachdem am 13. Dezember 1981 über das Land das Kriegsrecht verhängt wurde.

Die Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung haben sich gegen die Verhängung des Kriegsrechts in Polen gewandt. Alle waren sich bewußt, dass die Möglichkeiten des Europarates, Einfluß auf die Vorgänge in Polen zu nehmen, sehr gering sind. Aber totsichweigen dürfe man diese Vorgänge keineswegs, wichtig sei, dem polnischen Volk jede moralische und humanitäre Hilfe zu geben.

Die Entschliessung wurde mit großer Mehrheit angenommen. Sie fordert die Wiederaufnahme des Dialogs mit der Gewerkschaft „Solidarität“ und der Kirche, die Freilassung der politischen Gefangenen und Aufhebung des Kriegsrechtes. Sie stellt fest, dass die Ereignisse in Polen im Widerspruch zur Schlussakte von Helsinki stehen. Weiters ruft sie die Mitgliedsstaaten und Demokratien in der ganzen Welt auf, ihre humanitäre Hilfe für das polnische Volk zu verstärken, diese Hilfe soll über nichtgouvernementale Organisationen geleitet werden. Zum Schluss wendet sich die

- 9 -

Entschliessung an die Staaten von Europa und Übersee, polnische Flüchtlinge aufzunehmen und Österreich bei der Bewältigung des Problems zu helfen, nachdem unser Land zur Zeit 50.000 polnische Flüchtlinge beherbergt, wodurch im Jahre 1982 Kosten von 1,4 Mill. entstanden. Die Staaten sollten gemeinsam den österreichischen Behörden bei der Aufnahme und Integrierung dieser Menschen behilflich sein und Österreich finanziell unterstützen. Österreich stimmte dem Text mit allen anderen Mitgliedstaaten zu.

Genetische Manipulation

Wissenschafts- und Rechtsausschuss des Europarates haben gemeinsam einen sehr interessanten und vor allem aktuellen Bericht über die Genmanipulation vorgelegt, wozu auch eine Stellungnahme des Sozialausschusses eingeholt wurde. Zum erstenmal versuchte ein internationales Gremium die Legitimität der Anwendbarkeit der Genmanipulationstechniken auf Menschen zu definieren. Es ist der erste Versuch auf internationaler Ebene, einen juristischen Schutz gegen die immer größer werdende Macht der Molekularbiologie zu bieten. Die Berichterstatter waren der Auffassung, dass die Techniken der Genmanipulation ein enormes wirtschaftliches und industrielles Potential bieten, das im Laufe der Jahrzehnte die Probleme auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Produktion, der Energie und der Rohstoffbeschaffung bedeutend beeinflussen könnte. Doch wie groß die Vorteile auch sein mögen: in Anbetracht der Risiken schlugen die Berichterstatter vor, unabhängig von den politischen Divergenzen ein gemeinsames Abkommen auszuarbeiten, das die Genmanipulation an Menschen verbietet.

Der Empfehlungsentwurf sieht eine Erweiterung der Europäischen Menschenrechtskonvention auf dem Gebiet der Genmanipulation vor. Es wird vorgeschlagen, eine Liste von schweren Krankheiten aufzustellen, die - vorbehaltlich der Zustimmung des Patienten - durch

- 10 -

Gentherapie behandelt werden können. Das Ministerkomitee wird im 'Empfehlungsentwurf' aufgefordert, ein europäisches Abkommen über die rechtmässige Anwendung der Genmanipulationstechniken auszuarbeiten und die nationalen Gesetze zu harmonisieren. Die Entschliessung wurde fast einstimmig angenommen, da man sich der Folgen unkontrollierter Experimentationsversuche bewußt war.

Im Anschluss an die Jännersitzung wählte die Kommission für Parlamentarische Beziehungen und Öffentlichkeitsarbeit die Empfehlung 132 betreffend die 5. Parlamentarisch-Wissenschaftliche Konferenz "Technologie und Demokratie"

Empfehlung 934 betreffend Genmanipulation

Entschliessung 765 betreffend die Lage in der Türkei

als besonders angezeigt für die Einbringung in die nationalen Parlamente aus.

1. Teil der 34. Sitzungsperiode (26. - 30. April 1982)

Die Frühjahrsdebatte war weitgehend von Beratungen über die Haltung des "Europa der 21" gegenüber Ereignissen auf dem lateinamerikanischen Subkontinent gekennzeichnet. Größte Aufmerksamkeit erregte zweifellos die Diskussion über den Konflikt um die Falklandinseln.

Daß der britische Aussenminister amtierender Präsident des Ministerkomitees war, vertreten durch den britischen Staatsminister für Auswärtiges Douglas HURD, steigerte noch die Erwartungen und versprach einen dementsprechenden Widerhall in der Öffentlichkeit.

Ausser diesem Thema setzte sich die Versammlung mit Menschenrechtsverletzungen in Lateinamerika auseinander. Die Türkei stand erstmals

- 11 -

seit einiger Zeit nicht auf der Traktandenliste der Parlamentarischen Versammlung, allerdings wiesen viele Sprecher in unterschiedlichen Zusammenhängen immer wieder auf die Menschenrechtsverletzungen des Regimes der Generäle in Ankara hin und zogen Vergleiche mit dem Militärregime in Buenos Aires und in Warschau.

Zur Versammlung sprachen der norwegische Minister für Kultur und Wissenschaft Lars Langslet und der Aussenminister von Zypern, Nicos Rolandis.

Der Spanier Jose Maria de Areilza ist ohne Abstimmung für eine weitere Sitzungsperiode in seinem Amt als Präsident bestätigt worden.

Österreichische Berichterstatter:

- WINDSTEIG
- Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe: Bericht über die Welternährungslage Doc. 4870)
 - Angenommene Texte der 16. Sitzung der Konferenz den Gemeinden und Regionen (Doc. 4877)

Wortmeldungen der Österreicher:

- Dr. BLENK
- Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe (Doc. 4875, 4870, 4874 u. 4852)
 - Kulturelle Zusammenarbeit in Europa (Doc. 4868) (Stellungnahme als Vorsitzender der Wissenschaftskommission)
 - Europa und Lateinamerika - Mißachtung der Menschenrechte (Doc. 4879 u. 4876)
 - Wahlprüfung (Doc.4884)
- Dr. HAWLICEK - Kulturelle Zusammenarbeit in Europa (Doc.4868)

Einige wichtige Debattenthemen:

Die Krise im Südatlantik

Aus aktuellem Anlass hat die Versammlung einen Antrag des Büros gebilligt, die Diskussion über die Falklandkrise als eigenen Punkt in

- 12 -

die Liste der Geschäftsordnung aufzunehmen.

In der Debatte herrschte völlige Einigkeit darüber, dass die Vorgangsweise Argentiniens zu verurteilen ist.

Die politische Kommission hat einen Empfehlungsentwurf vorbereitet, in dem das Ministerkomitee aufgefordert wird, die beiden Parteien zu veranlassen, der Entschliessung 502 des UNO Sicherheitsrates zu entsprechen und eine Regelung des Konfliktes auf dem Verhandlungswege zu suchen. Der Text verurteilt überdies die Besetzung der Inseln durch argentinische Truppen als "Verletzung fundamentaler Prinzipien des Internationalen Rechtes" und sieht vor, dass die Versammlung ihrer "Solidarität mit den Zielen Großbritanniens" Ausdruck gibt. Er begrüßt die Ergreifung "energischer Maßnahmen" des Verbots des Imports argentinischer Güter durch die Länder der EG. Die vorliegende Empfehlung wurde ohne Abänderungsanträge einstimmig angenommen.

Die Welternährungslage

Der Hunger in der Welt und die demographische Entwicklung in den Entwicklungsländern sind eng miteinander verbunden, berichtete Herr WINDSTEIG von der österreichischen Delegation. 500 Millionen Menschen in der Welt sind dem Hungertode preisgegeben. Die Gründe liegen auf der Hand. Die Geburtenziffern steigen: 72 Millionen Afrikaner 303 Mill. Asiaten, 19 Mill. Araber und 13 Mill. Lateinamerikaner haben heute keine andere Möglichkeit, als von der internationalen Hilfe zu leben.

Nach der Debatte stellte man fest, dass man viele Initiativen gemeinsam mit dem Europäischen Parlament durchführen sollte. Der Resolutionsentwurf enthält die Bitte, eine bessere Verteilung der Hilfe herbeizuführen, die Hilfsmaßnahmen zu erhöhen, eine grundlegende Revision unserer Politik zu erzielen, um den Entwicklungsländern zu mehr Eigenständigkeit und Unabhängigkeit zu verhelfen. Die Entschliessung wurde einstimmig angenommen.

- 13 -

Kulturelle Zusammenarbeit in Europa

Nachdem die Versammlung über die Probleme Entwicklung, Ernährung, Bevölkerungswachstum und Energie abgestimmt hat, kamen die Fragen der kulturellen Zusammenarbeit in Europa zur Behandlung, ein Gebiet, auf welchem der Europarat seit seinem Bestehen schon viel geleistet hat. Als Gastredner war der norwegische Kulturminister, Lars Langslet nach Straßburg gekommen. Sowohl in seinen Ausführungen als auch bei der Abstimmung kam der Wunsch zum Ausdruck, die führende Rolle des Europarates bei den Bemühungen um kulturelle Zusammenarbeit und Integration zu erhalten. In der Empfehlung 940 drückt die Versammlung die Überzeugung aus, dass die europäischen Fachministerkonferenzen, die auf "offener" Basis des europäischen Kulturübereinkommens veranstaltet werden, für die Erörterung der Probleme in den Mitgliedstaaten ein wichtiges Instrument auf ministerieller Ebene darstellen.

In der Empfehlung kommt der Wunsch zum Ausdruck, die nationalen Parlamente und die Fachminister intensiver an den Arbeiten des Europarates und ihren Folgemaßnahmen zu beteiligen. Sie betont auch die Rolle der Nichtregierungsorganisationen beim Schutz des architektonischen Erbes. Das Ministerkomitee wird aufgefordert, das Prioritätenprinzip des Europarates auf kulturellem Gebiet zu beachten, eine bessere Koordinierung der Arbeiten sicherzustellen und Vorkehrungen zu treffen, dass auf diesem Gebiet mehr Öffentlichkeitsarbeit, aber auch mehr Mittel für die kulturellen Aktivitäten des Europarates bereit gestellt werden.

Herr BLENK hat als Vorsitzender der Wissenschaftskommission eine Stellungnahme zu diesem Bericht abgegeben. Er meinte, dass wir uns von der EG nicht in Randbereiche drängen lassen sollen, da der Europarat durchaus wettbewerbsfähig sei, sicher nicht auf finanziellem Gebiet, aber dort, wo er allein das demokratische Europa abdeckt. Eine vernünftige Zusammenarbeit zwischen den beiden Gremien wäre erstrebenswert und auch durchaus möglich. Als Beispiel führte er die Parlamentarisch Wissenschaftliche Konferenz von Helsinki an.

- 14 -

Die Verteidigung der Demokratien gegen den Terrorismus in Europa

Die Wiederaufnahme dieser Thematik wurde nicht zuletzt angesichts der verschiedenen Anschläge der letzten Zeit als sehr positiv und dringlich empfunden.

Der Berichterstatter stellte fest, dass trotz vereinzelter Fahndungserfolge die Terroristen wirkungsvoller vorgehen als die Behörden. Die internationale Koordinierung und die juristische Zusammenarbeit funktioniert zu wenig und müsste daher verbessert werden. Die vom Europarat zu diesem Zwecke initiierte Konvention zur Bekämpfung des Terrorismus, die 1977 unterzeichnet wurde, ist bisher erst von 13 Ländern ratifiziert worden. Es gilt nicht mehr, nur den Terrorismus zu bekämpfen, sondern die durch ihn gefährdeten Demokratien zu schützen. Das Ziel des Terrorismus ist es nämlich, weniger die freie Welt zu destabilisieren, als vielmehr die parlamentarischen Demokratien im besonderen zu vernichten.

Die anderen 5 Länder (Schweiz, Italien, Belgien, Niederlande und Griechenland), die die Konvention ... noch nicht ratifiziert haben, werden das Ratifikationsverfahren einleiten.

Die Empfehlung 941 hofft auf weitere Fortschritte in der Koordinierung der gemeinsamen Verteidigung der Demokratie gegen den Terrorismus, insbesondere durch eine größere Koordination auf rechtlichem, gerichtlichem und gesetzgeberischem Gebiet, eine entschlossenere moralische Verurteilung der subversiven Gewalt und eine ^{durch} verstärkte Aktivität der Öffentlichkeit, der Massenmedien und vor allem der Jugend. Sie empfiehlt dem Ministerkomitee, mittels verschiedener Maßnahmen, alle Möglichkeiten zur Verwirklichung der gestellten Aufgaben wahrzunehmen und zu versuchen, ihren Gültigkeitsbereich weiter auszudehnen, etwa durch den Einschluß der USA und Canadas oder weiterer Unterzeichnerstaaten der Schlußakte von Helsinki.

- 15 -

Die Beschlußtexte der 16. Tagung der Europäischen Konferenz der ...
Gemeinden und Regionen

Herr WINDSTEIG von der österreichischen Delegation legte einen sehr ausgewogenen Bericht über die Entwicklungsergebnisse der Konferenz der Gemeinden und Regionen der letzten 25 Jahre ihres Bestehens vor und betonte, dass sie durch die Suche nach größerer Repräsentanz und einer größeren Autonomie innerhalb des Europarates gekennzeichnet ist. Nach Ansicht des Berichterstatters wäre es von größter Wichtigkeit, dass das Ministerkomitee das Projekt der europäischen Charta für die Autonomie der Gemeinden mit großem Verständnis prüft, da die Entwicklung der örtlichen und demokratischen Strukturen in Europa eine Richtung genommen habe, die dem Geiste der vorgeschlagenen Charta entspricht. Von ebenso großer Bedeutung erschien dem Berichterstatter die Entschliessung 121 betreffend Revisionsvorschläge der Charta der Konferenz für Gemeinden und Regionen ... Europas. Es handelt sich dabei um Vorschläge, die auf den ersten Blick annehmbar erscheinen, jedoch erst näher studiert werden müssen. Der Berichterstatter schlägt schliesslich der Versammlung vor, besonders die in der Plenarsitzung der Ständigen Konferenz der Gemeinden und Regionen angenommenen Texte über die Erhaltung des ländlichen Erbes und den Plan einer europäischen Charta für kommunale Autonomie zu unterstützen.

Von der Kommission für Parlamentarische Beziehungen und Öffentlichkeitsarbeit wurde

Empfehlung 940 betreffend kulturelle Zusammenarbeit in Europa
und

Empfehlung 941 betreffend die Verteidigung der Demokratie
gegen Terrorismus in Europa zur weiteren Behandlung in den nationalen
Parlamenten ausgewählt.

- 16 -

2. Teil der 34. Sitzungsperiode (29. September - 7. Oktober 1982)

Bei der Herbstsitzung stand ein sehr umfangreiches und aktuelles Programm auf der Tagesordnung. Besonders zu erwähnen sind: Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, Häufung von Kernkraftwerken und Industrieanlagen in Grenzgebieten, Wahlrecht für Angehörige aus den Mitgliedsländern des Europarates, Krise im Libanon, die Europäische Zusammenarbeit in den 80iger Jahren, Beziehungen zwischen Europa und Japan, die Lage in der Türkei und die Lage der Juden in der Sowjetunion.

Als 1. französischer Staatspräsident sprach Mitterrand zur Versammlung. Er plädierte für eine Ausdehnung der Menschenrechte um soziale und kulturelle Grundrechte und sprach sich für die Einschliessung des Verbotes der Todesstrafe in die Europäische Menschenrechtskonvention aus. Der Staatspräsident warnte vor der drohenden Arbeitslosigkeit und setzte sich für den Schutz der Minderheitenkulturen in Europa ein.

Weiters sprachen der italienische Justizminister Darida, der UNO Hochkommissar für Flüchtlinge Hartling, der Generalsekretär der OECD van Lennep und der österreichische Aussenminister Pahr, als amtierender Präsident des Ministerkomitees.

Österreichische Berichterstatter:

- | | |
|--------------|--|
| Dr. REINHART | - Die Krise im Libanon (Doc. 4960, 4967) |
| Dr. STEINER | - Die Lage in der Türkei (Doc. 4965) |

Wortmeldungen von Österreichern:

- | | |
|-----------|---|
| Dr. BLENK | - Konzentration von Industriezentren und Kernkraftwerken in Grenzregionen (Doc. 4871) |
| | - Kampf gegen die Arbeitslosigkeit (Doc. 4946 u. 4953) |
| | - Allgemeine Politik des Europarates: Die Krise im Libanon (Doc.4960 - 4967) |

- 17 -

- Dr. HAWLICEK - Tätigkeitsbericht der OECD 1981
(Doc. 4909, 4968, 4952, 4956)
Stellungnahme der Kulturkommission)
- DDr. HESELE - Wahlrecht der Gastarbeiter in den Mitglieds-
ländern des Europarates (Doc.4934 u. 4945)
- Allgemeine Politik des Europarates: Krise im
Libanon (Doc. 4960)
- Die Lage in der Türkei (Doc.4965)
- Dr. HUBINEK - Kampf gegen die Arbeitslosigkeit (Doc.4953, 4956)
- Dr. STEINER - Allgemeine Politik des Europarates: Europäische
Zusammenarbeit in den 80iger Jahren (Doc.4949)
- WINDSTEIG - Konzentration von Industriezentren und Kern-
kraftwerken in Grenznähe Doc.4871)

Einige wichtige Debattenthemen

Konzentration von Industrie und Kernkraftwerken in Grenznähe:

Dieses Problem ist für Österreich von besonderer Bedeutung. In dem Bericht geht es nicht um die Frage der Kernenergie selbst, sondern um die industriellen Konzentrationen in Grenznähe, der Kontrolle der Luftverschmutzung und den Schutz der Umwelt. Die verstärkte grenzüberschreitende Zusammenarbeit wäre ein gutes Instrumentarium zur Lösung dieses Problems.

Im Empfehlungsentwurf werden die Mitgliedsstaaten aufgefordert, das Europäische Rahmenabkommen über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Gebietskörperschaften zu signieren und zu ratifizieren. Jene Länder, die bereits ratifiziert haben, sollten die Zusatzabkommen mehr berücksichtigen. Bilaterale "Überwachungsmechanismen" sollten geschaffen werden.

Die Empfehlung wurde einstimmig angenommen.

-18 -

Wahlrecht der Gastarbeiter aus den Mitgliedsländern des Europarates

Auch dieses Thema ist für Österreich wegen seiner vielen Gastarbeiter von großer Bedeutung.

Der Bericht der Juridischen Kommission stellt fest, dass es sich um 9 Mill. solcher Bürger handelt, die nicht oder nur schwer ihr Wahlrecht ausüben können. Dies verstosse gegen das Zusatzprotokoll der Menschenrechtskonvention.

Da die Stärkung der Demokratie und der Bürgerrechte eine der Hauptaufgaben des Europarates ist, sollte man Mittel und Wege finden, auch diesen Bürgern die Ausübung ihrer politischen Rechte, zumindest in ihrem Heimatland zu ermöglichen.

Die Versammlung empfiehlt dem Ministerkomitee, die Rechtsprechung auf dem Gebiet des Stimm- und Wahlrechts, der ausser ihrer Heimat in einem anderen Mitgliedstaat des Europarates lebenden Bürger zu harmonisieren und eine, der Empfehlung entsprechende Regelung in einem Zusatzprotokoll der Menschenrechtskonvention festzulegen.

Die Krise im Libanon

Dieser Tagungsordnungspunkt der Parlamentarischen Versammlung erhielt durch die jüngsten Ereignisse in Beirut besondere Brisanz. Herr Reinhart von der österreichischen Delegation wurde beauftragt, über dieses Problem zu berichten. In den letzten Tagen hat sowohl der Politische Ausschuss, als auch das Ministerkomitee dazu Stellung genommen und betont, dass echte Stabilität und Frieden im Nahen Osten nur durch eine umfassende Regelung hergestellt werden könne, an der alle Parteien, auch die PLO, beteiligt sein sollten. Die zur Abstimmung gekommene Entschliessung betont das Recht der Anerkennung des palästinensischen Volkes und sein Recht auf eine Heimat, besteht auf einem Abzug aller Truppen aus dem Libanon, hält

- 19 -

an der Mitverantwortlichkeit Israels an dem Massaker fest, begrüßt den Reagenplan und ruft die Regierungen der Mitgliedstaaten auf, die Hilfe für die Opfer des Libanonkrieges zu verstärken und der libanesischen Regierung beim Aufbau des zerstörten Landes Beistand zu leisten. Es wird die Rückkehr einer multilateralen Streitmacht nach Beirut begrüßt und die Möglichkeit wirtschaftlicher Sanktionen für den Fall erwähnt, dass nicht alle ausländischen Truppen aus dem Libanon abgezogen werden. Die Resolution wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Tätigkeitsbericht der OECD für das Jahr 1981

Bei jeder Herbstsitzung scheint auf der Traktandenliste im Wirtschaftsteil der OECD-Bericht auf. Der Generalsekretär der OECD Van Lennep leitete den Bericht ein und beantwortete Fragen von Parlamentariern des Europarates, Australien, Finnland, Japan, Canada, Neuseeland und den Vereinigten Staaten. Die Versammlung wird dadurch de facto zum parlamentarischen Organ der OECD.

Aus der Rede des Generalsekretärs ging hervor, dass die größte Gefahr in der gegenwärtigen Krisenlage die Neigung einiger OECD-Länder zu protektionistischen Maßnahmen zu sehen sei. So wäre es die wichtigste Aufgabe der Organisation den Freihandel zu verteidigen. Um die für 1983 geschätzte Zahl der Arbeitslosen in der OECD-Zone auch nur auf den Stand von 30 Mill. (Europa rund 17 Mill.) zu halten, bedürfte es eines jährlichen Wirtschaftswachstums von 3%. Im empfehlenden Sinn nennt der Bericht die öffentliche Unterstützung von Maßnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit zur Berufs- und Weiterbildung.

Vier Kommissionen wurden um Stellungnahme zu dem Exposé aufgefordert. Die Stellungnahme der Kulturkommission trug die österr. Abgeordnete Dr. HAWLICEK vor. Sie betonte, dass die OECD nicht nur als reine Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit anzusehen sei, sondern auch als ein Mittel zur Schaffung besserer Lebens- und Arbeitsbedingungen.

- 20 -

Als Beispiel zitierte sie Österreich, dessen Prioritäten wirtschaftspolitisch die Sicherung der Arbeitsplätze und gesellschaftspolitisch die Chancengleichheit sind. Neben Fragen über die Arbeitslosigkeit müssen auch Ausbildungsfragen erörtert werden. Die Rednerin fordert die OECD auf, sich noch mehr mit Bildungsfragen zu beschäftigen. Nach der Initiative der EG auf dem Gebiet der Kultur und Erziehung wäre es besonders zweckmässig, die Zusammenarbeit zwischen Europarat und OECD auf diesem Gebiet zu forcieren, damit für Bildungsarbeit die breite Basis der Zusammenarbeit erhalten bleibt.

Die Lage in der Türkei

Auf der Traktandenliste der Herbstsitzung stand wieder die Frage über den Verbleib oder endgültigen Ausschluss der Türkei aus dem Europarat. Der Berichterstatter war der österreichische Abgeordnete STEINER.

In dem Bericht werden die Verstösse gegen die demokratischen Freiheiten und Verletzungen der Menschenrechte in der Türkei schärfer als in den früheren Türkeiberichten verurteilt. Allerdings war es bei der Herbstsitzung nicht möglich, ein endgültiges Urteil über den neuen Verfassungsentwurf zu fällen, da dessen Text noch nicht vorlag. Das Verfahren, das bei der Menschenrechtskommission gegen die Türkei von 5 Mitgliedstaaten des Europarates anhängig gemacht wurde, führte entsprechend den Verfahrensregeln zur Aufforderung an die Türkei durch die Menschenrechtskommission, zu den Vorwürfen Stellung zu nehmen.

In der Debatte kam überwiegend die Ansicht zum Ausdruck, daß die gegenwärtige Situation in der Türkei nicht den Grundsätzen der Charta des Europarates gerecht werde.

Es wurde in den Debattenbeiträgen darauf Wert gelegt, der türkischen Regierung mit aller Schärfe klarzumachen, daß der Europarat die bekanntgewordenen Verletzungen der Menschenrechte nicht hinnehmen könne. Weiters wurde klargelegt, daß ein Verbleiben der Türkei im Europarat

- 21 -

nur möglich ist, wenn die neue Verfassung ein wirklich demokratisches Leben zu garantieren vermag.

Die Entschliessung und Richtlinie zur Lage in der Türkei wurde angenommen. Sie lädt die Militärregierung ein, für die Achtung der Menschenrechte und für die Wiedererrichtung der Demokratie einzutreten, die dem Statut des Europarates entspricht.

Die Empfehlung an das Ministerkomitee fand nicht die 2/3 Mehrheit.

Die Kommission für parlamentarische Beziehungen und Öffentlichkeitsarbeit wählte

Empfehlung 948 betreffend den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit

Empfehlung 951 betreffend das Wahlrecht für Gastarbeiter aus den Mitgliedsstaaten des Europarates

Entschliessung 783 betreffend die Krise im Libanon zur weiteren Veranlassung in den nationalen Parlamenten aus.

Wien, am 20. Juni 1983

Die Vorsitzenden der Österreichischen Delegation beim Europarat

Abgeordneter zum Nationalrat
Min.-Rat DDr. Hans HESELE m.p.

Abgeordneter zum Nationalrat
Botschafter Dr. Ludwig STEINER m.p.